

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

55. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbeförderungsgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 24. März 1917

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinferale um 15 Pfennig die Zeile; Säufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 35

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes über Aufnahme einer neuen Kriegeskassierin.

Artikel: Kleine Auffälligkeiten, IV.

Vom Hilfsdienst: Familienversorgung unterm Hilfsdienstgesetz.

Beiträge zur Frage der Volksernährung: Die Förderung der Lebensmittelversorgung durch die Gewerkschaften im Jahre 1915. Die weitere Arbeit der Gewerkschaften auf dem Ernährungsgebiet im Jahre 1916. — Die Fähigkeit der Arbeiterorganisationen auf dem Ernährungsgebiet in den ersten Monaten von 1917.

Korrespondenzen: Wittenberg.

Ausblick: Von Buchdruckern im Kriege. — Die Steuerungsansprüche des preussischen Staates für Buchdruckerarbeiten. — Steuerfreiheit und Versteuerungspflicht der Steuerungszulagen. — Aus der Rede des Abgeordneten Hänisch gegen die Versteuerung der Steuerungszulagen.

Bekanntmachung

Auch für das 1. Quartal 1917 ist eine Statistik über den Mitgliederstand, die Arbeitsverhältnisse und über die vom Beginne des Kriegs an gewährten Unterstützungen in Aussicht genommen. Als Stichtag gilt der

31. März 1917

Die Vorstände erhielten Fragebogen, die wir bis 21. April 1917 an den zuständigen Gauvorstand zurückzusenden ersuchen. Die Gauvorstände werden ersucht, das Ergebnis der Statistik in ihrem Gauvereine bis spätestens 1. Mai 1917 dem Unterzeichneten mitzuteilen.

Wir bitten dringend, die gestellten Fragen sorgfältig zu beantworten, da das Ergebnis der Statistik auch seitens der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands verwendet werden soll.

Berlin. Der Verbandsvorstand.

kleine Auffälligkeiten

IV.

Wenn bis Ende v. J. 1334 ungelernete Personen für Gehilfenarbeit Verwendung fanden, so müßte eine praktische Beurteilung der Verwendbarkeit von weiblichen Personen, die zu 1259 in jener Zahl verstreut sind, schon in etwas möglich sein. Daß erst von Anfang Dezember an ihre Einstellung erfolgte, wie im Arbeitgeberverbandsorgan der Eindruck zu erwecken verucht wird, ist eine von den dort gewohnten Tafsachenverrenkungen. Wohl aber hat die Frauenarbeit seitdem größeren Umfang angenommen. Nach dem Geschäftsberichte des Tarifamtes hatten 435 Firmen zu Ende v. J. weibliche Personen an Gehilfenplätzen zu stehen; es werden jedoch weniger gewesen sein, da nach der Anlage der betreffenden Tabelle, die allerdings nicht anders sein kann, Doppelzählungen stattfinden müssen.

Immerhin ist es Tatsache, daß bis jetzt auffallend wenig über die Bewährung der Frauenarbeit bei uns zu hören war. Es fällt uns nicht ein, diese Schweigsamkeit mit vorlauter Freude festzustellen. Wenn diejenigen Prinzipale, die zu einem Urteile bereits in der Lage sind, damit zurückhalten, so soll uns das lieber sein als jene Ruhmredigkeiten in andern Gewerben, deren Billigkeit gerade bei ihren

lauesten Verkündern zutrifft. Auch dort liegen die Dinge häufig anders, und gewissenhafte Unternehmer haben eine andre Meinung wie diejenigen, die ein spezielles Interesse treibt, die bodenständige Arbeit durch Experimente aller Art zu entwurzeln. Es kostet meistens ja nicht ihr Geld, was dabei draufgeht.

In der „Deutschen Buchdruckerzeitung“ gab vor zwei Monaten ein unbekannter Femand, der dem Arbeitgeberverbandsorgan Komplimente machen zu müssen glaubte über dessen angeblich vornehme Haltung dem „Korr.“ gegenüber, um dessenungeachtet uns dann dermaßen mit wüsten Beschimpfungen zu regalisieren und das Tarifamt blindwütig zu attackieren, wie es selbst dort eine publizistische Seltsamkeit ist, diesen Verzweiflungsseufzer von sich: „Hunderttausende werden durch Unordnung und unsachgemäße Behandlung des Materials wie der Maschinen heute in den Druckereien ruiniert“. Daß dieser von Verserkerwurf befallene Mensch sich nichts Rechtes dabei gedacht hat, zeigt sich an der Unmöglichkeit, wenn keine schreckhafte Konstatierung ins Schuldbuch geschrieben werden soll: den Gehilfen, den Erlahkräften oder etwaiger Massigkeit der Lehrlinge. Es fragt sich wohl, ob eine derartige schlimme Möglichkeit überhaupt als eine Folge der Umschaltung in unsern Gewerbe denkbar ist. Wir meinen, wo schlecht gewirtschaftet wird, kann schon in gewöhnlichen Zeiten viel verdorben werden. Es geht aber am wenigsten in technischen Betrieben verloren, denn da wird stets für genügende Aufsicht geforgt.

Wie aller Vernunft bar so ein Artikler im Arbeitgeberverbandsorgan sein kann, zeigt sich an seiner Äußerung, zu Anfang des Krieges wäre auch genügend Zeit gewesen, Erfab großzuziehen; jezt sei alles vorbei. „Geradezu schmähliche Zustände“ beständen gegenwärtig in den Buchdruckereien; die leitenden Kreise (wer ist gemeint?) hätten „aus Kurzsichtigkeit in der blamabelsten Weise unsern Beruf so gut wie zugrunde gerichtet“. Der so wohlankündige Mitarbeiter der „D. B.-Ztg.“ meint also, wenn im Anfang des Krieges nach seinem Willen die Masseneinwanderung von Berufsfremden und Lehrlingen bewerkstelligt worden wäre, würde unser Gewerbe jezt ohne Gehilfen eine Leistungsfähigkeit aufweisen, die sich allen Anforderungen gewachsen zeigen könnte. Die Sonderfaulende, die nun verloren gehen, hätten jezt wohl gar als Gewinn die Bücher der verlustreichen Druckereien zu zieren?

Es ist ganz sinnlos, was der Gewährsmann der „D. B.-Ztg.“ verzapft. Im Anfang des Krieges, d. h. doch wohl bis Ende 1914, herrschte eine beispiellose Arbeitslosigkeit in unsern Gewerbe; wer nicht arbeitslos war, arbeitete verkürzt oder setzte wechselhaft aus. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit bezifferte sich in den zwei letzten Quartalen 1914 auf 23 Proz., im August betrug sie sogar 41 Proz. Die Buchdrucker standen damals um das Doppelte höher mit ihrer Arbeitslosenziffer als alle deutschen Arbeiterverbände mit dem Durchschnittssatz. Es wurden in den genannten beiden Vierteljahren 2110568 arbeitslose Tage festgestellt. Die Verbandskasse mit den Gau- und örtlichen Kassen verausgabte „im Anfang des Krieges“ etwa 2 1/2 Mill. Mk. für Arbeitslosenunterstützung. Die Arbeitslosigkeit mangelte demnach, daß gegen Ende 1914 die Prinzipalorganisation und der Verband an alle Reichs-, staatlichen und kommunalen Behörden sowie öffent-

liche Fördererschaften appellierten zwecks Zuweisung von Druckaufträgen. Wenn jezt in dieser Zeit mit der Einstellung von weiblichen Personen und Lehrlingen in Scharen begonnen worden wäre, dann würde das wegen Mangel an jeglicher Voraussicht nunmehr untergegangene Buchdruckergewerbe wohl zu retten gewesen sein! Saarfträubend ist es, daß solch heillofes Zeug in einem Organ Aufnahme finden konnte, das die Interessen des Gewerbes besser zu vertreten sich einbildet. Jammer schade, daß dieser Wirrkopf, den das Arbeitgeberverbandsorgan scheinend ernst genommen hat, nicht in der Lage ist, sein Urteil über die praktische Verwendbarkeit der Frauen zu Gehilfenarbeit in die Waagschale werfen zu können.

Verlassen wir aber den Mann, dessen hoffnungslose Unfähigkeit im Erfassen des wirklich Gewerbedienlichen nur deshalb gezeigt und illustriert werden sollte, um der übrigen Prinzipalität mit einem erschauernden Beispiele von Gewerbepolitik aus Reismann-Gronescher Umgebung zu dienen.

In diesem Dunskreis unausgegorener Beglückungsveruche und auch rabiat betriebenen Abbaues der gewerblichen Ordnung löst zwar ein unheimlicher Schwab den andern ab, so viel Zeit aber für seelschlangenhafte Artikelfolgen wie „Im Kampfe gegen Lug und Trug“ (von dem vornehmen Ton in der „D. B.-Ztg.“ ein schwaches Abbild schon durch diese Überschrift) oder die jeztige gequälte Sehepistel „Tarif und Tarifamt während des Krieges“ vorhanden ist, zu einem aus der Praxis geschöpften Urteil über das Einschlagen der weiblichen Arbeitskräfte hat es auffallenderweise noch nicht gelangt. Die Herren Arbeitgeberverbändler werden gefastet, daß man daraus die richtigen Schlüsse zieht.

Vom Hilfsdienst

Familienversorgung unterm Hilfsdienstgesetz.

Nach dem § 8 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst ist bei der Überweisung von Beschäftigung auf das Lebensalter, die Familienverhältnisse, den Wohnort und die Gesundheit sowie auf die bisherige Tätigkeit des Hilfsdienstpflichtigen nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen. Desgleichen ist zu prüfen, ob der in Aussicht gestellte Arbeitslohn dem Beschäftigten und den etwa zu verpflegenden Angehörigen ausreichenden Unterhalt ermöglicht. Somit müßte verbeirateten Arbeitern, die nach außerhalb überwiesen würden, eine sogenannte Familienzulage bewilligt werden, zumal in diesem Falle doppelte Kosten entstehen.

In Nr. 5 der „Amtlichen Mitteilungen“ des Kriegsamts befindet sich an erster Stelle ein Aufruf an die Arbeiter und Unternehmer kriegswirtschaftlicher Betriebe, in dem auf die Familienversorgung der zum Hilfsdienst Eingezogenen mit eingegangen wird. Zunächst wird die Frage, weshalb die Arbeiter den Arbeitswechsel erstreben, damit beantwortet, daß sie hoffen, auf der neuen Stelle mehr zu verdienen, weil sie mit ihrer Familie, von der sie getrennt sind, zusammenziehen und dadurch selbst bei gleicher Lohnhöhe billiger leben können. Da man ihnen dies nicht verdenken könne, müsse eine den Zeitumständen Rechnung tragende Angemessenheit der Röhne hergestellt und weiter auf den doppelten Haushalt auswärtig wohnender Arbeiter bei der Bemessung des Arbeitsentgelts Rücksicht genommen werden. Leichtert wird das, so heißt es weiter, durch den Erlaß des Reichskanzlers vom 9. Januar 1917, der vorschreibt, daß bei dem Ausgleiche zwischen dem bisherigen Einkommen eines vom Heeresdienste Zurückgestellten und seinem angeblichen Arbeitsentkommen ein Betrag von 2 Mk. täglich für den Unterhalt der Familie eingestellt wird. Aber auch darüber hinaus wird für die Fälle des Doppelhaushalts die Gewährung einer ausreichenden Familienzu-

lage durch den Arbeitgeber ins Auge zu fassen sein. Wenn hiernach allgemein verfahren wird, so dürfte dies nur den berechtigten Wünschen der Arbeiter entsprechen.

Weiter scheint das noch nicht überall der Fall zu sein, wie aus einer Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss in Kiel am 6. Februar 1917 hervorging. Dort verlangte ein Dreher den Abhehrschlein, weil er in Köln, wo seine Familie wohnt, und wo er auch schon früher gearbeitet hat, mehr verdienen und seine Arbeitsbedingungen wesentlich verbessern konnte. Die betreffende Firma hat ihm früher eine Aufbesserung gegeben von monatlich 20 Mk., die ihm jedoch nicht ausbezahlt, sondern auf ein Sparbuch gutschrieben werden. Der Ausschuss legte den Streitfall auf 14 Tage aus und legte der Firma nahe, in dieser Zeit Ersatz für Kläger zu beschaffen. Gleichzeitig gab der Ausschuss der Firma zu erwägen, ob nicht auch den von der Almee überwiesenen Arbeitern der Familienzuschuß von 2 Mk. pro Tag gespart werden könne, wie es schon bei den von der Marine überwiesenen geschehe. Auch die 20 Mk., die bisher gespart wurden, sollten dem Kläger ausbezahlt werden.

Was nun den Lohn bei Eintritt im vaterländischen Hilfsdienst anbetrifft, so seien wir häufig in den Anrufen zur freiwilligen Meldung: „Lohnzahlung erfolgt nach den ortsüblichen Sätzen.“ Mit den ortsüblichen Sätzen sind aber nicht die „ortsüblichen Löhne gewöhnlicher Lagerarbeiter“ gemeint. Am die nötigen Unterlagen für die zu zahlenden ortsüblichen Löhne zu erhalten, haben sich die Behörden bereits mit den Gewerkschaften in Verbindung gesetzt. Unter den ortsüblichen Sätzen ist somit der in dem betreffenden Gewerbe übliche Lohnsatz — auch Tariflohn — zu verstehen. So wurden vor einiger Zeit Arbeiter für das städtische Müllabfuhrwesen in Altona gesucht. Als Lohnsatz wurde der im Tarif des Transportarbeiterverbandes vorgegebene Lohn zugesichert.

In den „Amtlichen Mitteilungen“ des Kriegsamts wird u. a. auch auf den Hilfsdienst in der Etappe hingewiesen. Mit den dortigen Hilfsdienstpflichtigen sollen an Ort und Stelle Arbeitsverträge abgeschlossen werden, bei denen zu berücksichtigen ist, daß der vereinbarte Lohn dem Beschäftigten selbst und seinen Angehörigen ausreichenden Unterhalt ermöglicht. In Nr. 7 der „Amtlichen Mitteilungen“ des Kriegsamts befinden sich dann einige Muster von Dienstverträgen für Hilfsdienstpflichtige, die als Ersatz für Militärpersonen eingesetzt oder im besetzten Gebiete verwendet werden. Erläuternd wurde dazu bemerkt, daß im Falle des Bedürfnisses auch Zulagen für die zu verpflegenden Familienangehörigen zu gewähren seien. Die Verpflegung der Hilfsdienstpflichtigen in besetzten Gebieten, die eine Kriegsdienstbeschädigung oder einen Unfall erlitten, sowie deren Hinterbliebenen soll noch besonders geregelt werden. Also auch hier wird auf die Verpflegung der Familie Rücksicht genommen.

Je mehr man unter den „heutigen Feuerungsverhältnissen“ für die Hilfsdienstpflichtigen und deren Angehörige zu sorgen bestrebt ist, desto leichter werden sich die Arbeiter mit dem neuen Gesetz abfinden. Endlich wird dann noch zu erwägen sein, ob nicht die in den Kriegsnotgesetzen bzw. Bundesratsverordnungen vorgesehenen besonderen Rechte der Kriegsteilnehmer auf die Hilfsdienstpflichtigen mit ausgedehnt werden können.

Hamburg.

M. Gildenberg.

Beiträge zur Frage der Volks- ernährung

Verfolgen wir weiter, wie nach der in Nr. 33 gebrachten kurzen Zusammenfassung

die Förderung der Lebensmittelverpflegung durch die Gewerkschaften im Jahre 1915

sich gestaltete, so ist vorweg zu konstatieren, daß die Anregungen die inzwischen schon gebotene Kritik überwogen. „Gegen den Lebensmittelwucher“ beistellt sich ein Aufruf, den am 16. Juli die Generalkommission und der Vorstand der sozialdemokratischen Partei gemeinschaftlich erließen. Gegen eine Erhöhung der Höchstpreise wurde protestiert, durchgreifende Regelung der Preisgestaltung auf dem Lebensmittelmarkt sowie wirksamer Schutz des Volkes gegen den Lebensmittelwucher verlangt. Mäßige Höchstpreise für alle Lebensmittel in einer Festsetzung, daß eine ausreichende Ernährung des Volkes gesichert sein müsse, wurden gefordert. Durch Beschlagnahme und Verkaufszwang könne das Zurückhalten von Vorräten vereitelt werden. Der Hinweis auf die monatlich zurückgekauften Kartoffeln, die im Frühjahr auf den Markt gebracht werden müßten und zu niedrigen Preisen an die Händler gingen, die sie dann nur mit Aufschlägen von 200 bis 300 Proz. verkaufen, diene zur Bekräftigung des Behaupteten und Geforderten. An die Arbeitgebervertreter in den Landtagen und Gemeinden richtete sich die Aufforderung, ihren ganzen Einfluß aufzubieten, um die Verpflegung mit Lebensmitteln zu erschwingbaren Preisen sicherzustellen.

Mitte Oktober wurde von der Generalkommission und dem sozialdemokratischen Parteivorstand eine Eingabe an den Reichskanzler gerichtet. Die damaligen Preisstellungen fanden darin eingehende Aufzählung. Es wurde als ein wahrer Hohn auf die Lage der ärmeren Volksklassen bezeichnet, wenn die Aktiengesellschaften in der Nahrungsmittelindustrie eine nach der anderen ihre hochgeheiligten Gewinne bekanntgeben können. Es sei nicht wahr, daß die Landwirte erheblich

Für das zweite Vierteljahr 1917

Die Bestellungen auf den „Korr.“ sofort zu erneuern. Es darf nicht wie sonst bis zum letzten Tage damit gewartet werden, da unter den jetzigen Verkehrsverhältnissen dann bestimmte mit Verzögerungen in der Bestellung gerechnet werden muß. Vierteljährlicher Bezugspreis 65 Pf., frei Haus 82 Pf. Geldpostabonnements können nur monatlich aufgegeben werden zum Preise von 42 Pf.

Der „Korr.“ wird drinnen und draußen sowie in allen Kreisen unseres Gewerbes mit großem Interesse gelesen!

höhere Produktionskosten haben. Durch eine Anfrage in der Provinz Brandenburg wäre festgestellt worden, daß Lohnerhöhungen von 20 bis 30 Pf. fähig zu den Seltenheiten gehören. Die billigere Frauenarbeit wie die Verwendung von Gefangenen brächen der Landwirtschaft sogar Vorteile. Die von der Landwirtschaft der Allgemeinheit auferlegten Preisföherungen würden für unsere Volksernährung zu einer ernstlichen Gefahr werden. Die Regierung dürfe keine Bedenken tragen, ihre Maßnahmen auch gegen eine starke politische Interessengruppe im Reiche zu richten.

Am 16. Oktober wurde eine Vertretung beider Körperschaften persönlich beim Stellvertreter des Reichskanzlers vorstellig, um der Eingabe in Hinblick auf den Ernst der Lage größeren Nachdruck zu verleihen.

Dem im Januar gegründeten Kriegsausschuss für Konsuminteressen trat die Generalkommission sofort bei. Robert Schmidt ist beharrlich mit an erster Stelle in dieser Organisation tätig.

In der Vorstandskonferenz am 16. November referierte Robert Schmidt über die damals durch den Bundesrat im Vereine mit einem Beiräte begonnene nähere Regelung der Lebensmittelfürsorge, entsprechende Anweisungen gebend.

Das „Korrespondenzblatt“ beleuchtete in vier Artikelserien alle Erfordernisse auf dem Ernährungsgebiete, nebenher gingen selbstverständlich Einzelbehandlungen bestimmter Fragen, Erscheinungen und Anordnungen. Interessant ist, daß Ende Mai bereits in einem dieser Aufsätze dem preussischen Landwirtschaftsminister attestiert wurde, wie er sich nur als Sachwalter der Landwirtschaft fühle:

Es ist bekannt, daß der Landwirtschaftsminister in Preußen an der Einrichtung, die zur zweckmäßigen Einteilung unserer Nahrungsmittelbestände führte, keinen Anteil hat. Im Gegenteil, wenn es nach seinem Willen gegangen wäre, bliebe alles beim alten. Wenn nicht die Militärbehörde eine bessere wirtschaftspolitische Einsicht besessen hätte und hier die Schwierigkeiten in der Volksernährung erkannt wären, dann wären wahrlich alle Bemühungen verfruchteter Leute, die militärische Lage nicht unter den Druck des Hungers zu stellen, vergeblich gewesen.

Geht man chronologisch durch, was die fernere Zeit gebracht hat, so scheint es, als ob

die weitere Arbeit der Gewerkschaften auf dem Ernährungsgebiete im Jahre 1916

weniger intensiv gewesen wäre. Das würde jedoch ein Trugschluss sein. Die im Mai erfolgte Einsetzung des Kriegsernährungsamtes ließ eine abwartende Stellung einnehmen, wie sich die Dinge nun gestalten würden.

Die Mitunterzeichnung des Appells, der beim Eintritt in das dritte Kriegsjahr vom Kriegsernährungsamt „an die Vereidigten des Vaterlandes in der Heimat“ gerichtet wurde und die Unterzeichnung sämtlicher Wirtschaftsverbände fand, trug auch die Unterschrift der Generalkommission. Es sollte damit erwiesen werden, daß die Gewerkschaftszentrale nicht fehlen wollte, wenn das ganze Volk aufgerufen wird, mitzuarbeiten und auch mitzufragen, Deutschland über die Ernährungsschwierigkeiten hinwegzuhelfen.

Mitte Juni hatte eine Vorstandskonferenz ein Referat von Robert Schmidt über die Volksernährung im Krieg entgegengenommen, und im Anschlusse daran war eine lange Resolution mit erneuten Forderungen der Arbeiterchaft, der gebotenen Kritik über die Unzulänglichkeiten des bisher Erreichten und der Berufung aller üblichen Erscheinungen angenommen worden. Auf einer weiteren Konferenz der Verbandsvorstände Ende November gab Schmidt eine Darstellung der Ernährungsschwierigkeiten und schilderte ferner die aufreibende, aber doch nicht erfolglose Arbeit der Gewerkschaftsvertreter herbei.

Am 19. Juli wurde eine neue Eingabe an den Reichskanzler seitens der Generalkommission und des Parteivorstandes gerichtet. Die Antwort fand wörtliche Wiedergabe im „Korrespondenzblatt“. Sie befriedigte nicht, weil der Reichskanzler zu sehr den englischen Auslieferungskrieg in den Vordergrund geschoben hatte. Es wurde verlangt, „daß mit mehr Energie gegen die konsumierenden Bevölkerung eingegriffen wird“. Die glänzenden Geschäfte der Landwirtschaft während des Krieges fanden Aufzählung, und es wurde bestritten, daß die Produktion durch hohe Preise gefördert wird.

Bemerkenswert ist noch, wie in München von dem Gewerkschaftsvereine (Gewerkschaftsrat) in Verbindung mit dem Sozialdemokratischen Vereine die Lebensmittelkontrolle organisiert ist und gehandhabt wird.

Die Tätigkeit vieler Gewerkschaftsmitglieder in den über das ganze Reich sich erstreckenden Preisprüfungen stellen darf auch nicht unerwähnt bleiben.

Das „Korrespondenzblatt“ hatte schon zu Anfang Mai die Errichtung eines Reichslebensmittelamtes gefordert und dafür einen Plan entworfen, der zum Teil in dem

Kriegsernährungsamte Verwirklichung, durch das spätere Hinzutreten des Kriegsamtes aber erst Verwirklichung fand. Daß beide Einrichtungen jetzt dem entsprechen, was vorgeschlagen wurde, wollen wir nicht behaupten. Im übrigen wurde jedes Gebiet unserer Ernährungswirtschaft behandelt.

Übergehend zu den gegenwärtigen Verhältnissen, muß von der vorgenommenen Begrenzung, nur über das Wirken der Generalkommission und des „Korrespondenzblattes“ einen kurzen Abriss zu geben, stärker abgewichen werden, denn

die Tätigkeit der Arbeiterorganisationen auf dem Ernährungsgebiete in den ersten Monaten von 1917

hat beachtenswerte Erweiterungen erfahren. Es wurde vielseitiger und mannigfacher darauf gedrungen, daß mehr und Durchgreifenderes geschieht in der Verpflegung der Bevölkerung mit Lebensmitteln. Wegen Mitte Februar erfolgte zunächst ein

persönliches Vorkellagwerden der Berliner Gewerkschaften durch eine Kommission beim Reichskanzler

zwecks allgemeiner Erhöhung der Lebensmittelrationen. Bei dieser Konferenz waren zugegen Staatssekretär Helfferich, Präsident Batocki, der preussische Minister des Innern sowie die Oberbürgermeister von Groß-Berlin. Die Vertreter der Arbeiterchaft führten aus, daß stehen Pfund Kartoffeln die Mindestration für Arbeiter sei, wenn diese die Arbeit überall in vollem Umfang aufrecht erhalten sollen. Der Begriff „Schwerarbeiter“ passe für viele Berliner Betriebe nicht, es würden durch diese Zusatzkarten nur Reid und Anfrieden hervorgerufen; die Willkür der betreffenden Proffkommissionen und Schiebungen aller Art fragen bei, diesen Anfrieden zu mehrern. Es sei besser, die allgemeine Ration zu erhöhen. Die Berliner Arbeiterchaft sei schwerer daran als die in anderen Industriegebieten. Der Reichskanzler glaubte eine Besserung der Lage für die nächste Zeit in Aussicht zu stellen. Zunächst solle die Erhöhung der Fleischration um 100 g einige Wochen andauern. Dann hoffe man, im März wieder eine Kartoffelration von sieben Pfund gewähren zu können. Auch der Minister des Innern konnte hoffnungsvolle Zusicherungen machen; man glaube, durch Einrichtung von Kommissionen zur Ausforschung der Bestände auf dem Land und Sammelstellen mehr aus dem Lande herauszuholen zu können als bisher. Herr v. Batocki erklärte, daß die Rüste die Regelung der Kartoffelfrage erschweren würde, doch habe der Groß das eine Gute gehabt, daß dadurch zwangsweise die Kartoffelvorräte gestreckt worden seien, so daß höchstwahrscheinlich im März die Siebenpfundration gewährt werden könne. Bei der Berichterstattung in der Berliner Gewerkschaftskommission brachten Vorstandsmitglieder der größeren Organisationen zu Ausdruck, daß die gegenwärtigen Ernährungsverhältnisse die große Unzufriedenheit in der Arbeiterchaft begreiflich mache. Man hoffe deshalb, die gegebenen Versprechungen endlich einmal erfüllt zu sehen.

Der immer wieder „rückfällig“ werdende Winter hat zwar recht fühlbar dagegen gewirkt, daß eine ausdehndere Verpflegung mit Kartoffeln stattfinden kann, aber dieses natürliche Hindernis war es doch nicht allein, das so wenig Tatkraft werden ließ. Die Gründe liegen hier gar nicht so tief, sogar zum Greifen nahe. Ob man in der Berliner Gewerkschaftskommission von den gegebenen Zusicherungen ein größeres Maß von Erfüllungsmöglichkeit erwartete, wissen wir nicht; wer sie skeptisch beurteilte, tat nur recht daran. Mit der nämlichen Angläubigkeit ist auch Helfferichs Erklärung am 21. März im Reichstag, er gäbe sein Wort, wenn wir heute wieder am Kriegsbeginnne ständen, würde es anders gemacht werden, aufzunehmen. Es müßte denn sein, daß man die nötige Entschlußkraft aufbring, gegen die widerrechtliche Landwirtschaft und das unversorgene Spekulantentum ebenso rücksichtslos vorzugehen, wie diese und alle Proffpatrioten das Volk brutal ausbeuten. An einem solchen Vorlage stärkster Einseitigkeit für das Allgemeininteresse zweifeln wir aber, wie ja die letzten Tage wieder die Gewißheit über neue Rücksichtnahmen erbracht haben, obwohl es durch allerlingst provozierende Äußerungen von landwirtschaftlicher Seite klar gemacht wurde, daß einzig und allein das Eigeninteresse bestimmend ist für diese Kreise. Immerhin hat die Berliner Bevölkerung durch größere Erhöhung der Fleischrationen sowie Gewährung einer Dreipfundration an Kartoffeln augenblicklich doch mehr Verbesserung erfahren als z. B. in Leipzig, wo man in beiderlei Beziehung beträchtlich zurückgeblieben ist. In Berlin herrscht eben bei den Behörden wie in der Arbeiterchaft mehr Initiative wie in Leipzig und auch in ganz Sachsen. Veranlassungen und Resolutionen tun es allein nicht, und ein Radikalismus, der sich als blinder Hüter von Prinzipien, Dogmen und Beschlüssen unter anders gelagerten Verhältnissen erschöpft, muß ja in den lebenswichtigsten Fragen versagen.

Es ist noch wenig bekannt, daß unmittelbar vor dem gemeinsamen Schritte der vereinigten Gewerkschaftszentralen und Angestelltenverbände eine

Eingabe der christlich-nationalen Arbeiterchaft an den Präsidenten des Kriegsernährungsamtes erfolgt ist. Das war am 20. Februar. Da am Tage darauf die einheitliche Aktion unternommen wurde, könnte die besondere Eingabe der christlichen Gewerkschaften als überflüssig erachtet werden. Zieht man aber in Betracht, welche Stellung diese Richtung gegenüber der Landwirtschaft beim Zollamt und ähnlichen Fragen eingenommen hat, so ist es eher ein Vorteil gewesen, daß Herr v. Batocki von der Seite durch eine spezielle Eingabe erfahren hat

wie man jetzt über gewisse Faktoren und Vorgänge denkt, die für die Lebensmittelförderung von großer Wichtigkeit sind. In der Eingabe des „Ausschusses des deutschen (christlichen-nationalen) Arbeiterkongresses“, unterzeichnet von dem christlichen Gewerkschaftsführer und Reichstagsabgeordneten Franz Behrens, wird gesagt, die Verordnungen des Kriegsernährungsamtes, die eine bessere Verteilung zum Zwecke haben, würden von staatlichen Organen nicht liberal in der notwendigen Weise durchgeführt. Die Organisation des Kriegsernährungsamtes entspreche nach den in den letzten Monaten gemachten Erfahrungen nicht den Erfordernissen der Zeit (unser Meinung nach hat sich das schon viel früher und recht deutlich herausgestellt). Dazu komme, daß einflußreiche Führer und Organe der Landwirtschaft fast nur Kritik an den behördlichen Maßnahmen übrig haben, so daß an Stelle der als notwendig anzusehenden zunehmenden opferfreudigen Stimmung eine stets größere Gereiztheit in der Landwirtschaft festzustellen werden müsse. Die deutsche Ernährungspolitik kranke gegenwärtig daran, daß 1. die staatliche Organisation des Ernährungsamtes große Mängel aufweise, 2. die landwirtschaftliche Produktion mehr als unvermeidbar zurückgehe im Kriege, 3. breite Kreise der landwirtschaftlichen Erzeuger beschränkten sich nicht wie notwendig in ihrer Lebensweise und leisteten nicht alles Entbehrliche ab, 4. gewisse Verbrauchergruppen verschafften sich durch den Schleichhandel und infolge unzulänglicher Verteilungsmaßnahmen größere Lebensmittelmengen auf Kosten ihrer Mitmenschen. Zur Beseitigung dieser Mängel, woran mit Nachdruck gearbeitet werden müsse, wird eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die sich auf die Beseitigung der staatlichen Organisationsmängel, Förderung der landwirtschaftlichen Produktion, Verschärfung der Ablieferungsbedingungen und Verbesserung der Verteilungsmaßnahmen beziehen. In dem die landwirtschaftliche Produktion betreffenden Teile werden nicht nur Vorschläge gemacht zur Besserung, es wird auch gereift über bisherige Methoden und noch stärker über diejenigen, die sie anwenden. Da heißt es, der sogenannte Anreizpreis zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion sei abzulehnen, soweit es sich um eine in Deutschland normal eingeführte Frucht handelt. Die Produktionskosten hätten die Basis für die Preisbildung abzugeben, wozu noch ein angemessener Gewinn zu treten habe. Gegen eine weitere bedeutende Steigerung der Preise für die hauptsächlichsten und unentbehrlichsten Lebensmittel, wie sie von landwirtschaftlichen Interessengruppen angestrebt werden (gemeint sind insbesondere die Forderungen des Deutschen Landwirtschaftsrates wie die von einzelnen Führern [Hidenburg auf Januschau usw.] erhoben), müsse energisch Einspruch erhoben werden. Wörtlich wird weiter gesagt:

Die letzten Monate haben für jedermann klar erweisen, daß der Krieg im gegenwärtigen Stadium um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes geht. Wer in solcher Situation nur durch sachlich ungetrübte hohe Preise zur Erfüllung seiner vaterländischen Pflicht zu bestimmen ist, ist als Vaterlandsverräter anzusehen und entsprechend zu behandeln. Nach diesen Gesichtspunkten ist nicht bloß gegen die Landwirtschaft, sondern gegen alle Bevölkerungs- und Interessentengruppen zu verfahren. Das Hilfsdienstgesetz bietet für solche Elemente reichlich Handhabe zu ihrer Beschäftigung in der Etappe und im Armierungsdienste, wodurch erzielt werden kann, daß andere Kräfte mit besserer Gesinnung und größerer Arbeitsfreudigkeit für die Arbeit in der Heimat frei werden.

Das ist erfindlich deutsch gesprochen und von dieser Seite besonders beachtenswert. Es verdient auch Erwähnung, daß im April 1916 dem Bundesrat, Reichstag usw. schon eine Denkschrift über die Lebensmittelförderung im dritten Kriegsjahr von den christlichen Gewerkschaften überreicht worden ist.

Auffallen muß es, daß die Eingabe vom 20. Februar bei den parlamentarischen Debatten in den letzten Wochen keine Rolle gespielt hat. Der Landwirtschaftsminister entwarf sie sich nur über die gemeinsame Eingabe aller Gewerkschaftsrichtungen.

□ □ □ □ **Korrespondenzen** □ □ □ □

Wittener (Bezirk Halle). Unser Ortsverein hielt am 11. März eine gemeinschaftliche Mitgliederversammlung in Gräfenhainichen mit den dortigen Kollegen ab, welche eine sehr gute Beteiligung beider Ortsgruppen aufwies. Nachdem der Vorsitzende des Ortsvereins Gräfenhainichen, Kollege D. Nischel, die Erklärungen auf das herabsichliche Willkommen gegeben, konnte sich der Vorsitzende des Ortsvereins Wittener, Kollege R. Koch, zum ersten Punkt unserer Tagesordnung, der Anregung von den Ortsvereinen Zeit und Weisensels betreffend Verbesserung der Wohnverhältnisse oder der Steuerzulagen, äußern. Die Diskussion hierzu war eine sehr lebhafte. Es wurde allgemein eine höhere Entlohnung für äußerst notwendig erachtet, da doch die Lebensmittel usw. weiter stark gestiegen sind. Auch zu der zweiten Anregung betreffend Gewährung einer Sterbegeldentschädigung an die Hinterbliebenen gesellener oder im Kriegsdienste gestorbenen Kollegen aus Mitteln der Verbandskasse ergab sich eine rege Aussprache. Wohl herrschte große Sympathie für eine derartige Beihilfe, jedoch hieß man es für unmöglich, daß die Verbandskasse eine derartige Last auf sich nehmen könnte. Nachdem die übrigen Punkte der Tagesordnung ihre Erledigung gefunden hatten, wurden

noch vom Kollegen Koch sowie auch aus der Mitte der Versammlung heraus einige warmherzige Worte über das kollegiale Zusammenhalten an die Anwesenden gerichtet. — Nach Verlesung des Beschlusses blieben beinahe zwei Stunden bis zur Abreise übrig. So konnten wir in Verein mit den Gräfenhainicher Kollegen „zum gemüthlichen Teil“ übergehen, der einmal alle Lasten und Sorgen, die der Krieg hervorgerufen, zurücktreten ließ.

□ □ □ □ □ **Rundschau** □ □ □ □ □

Von Buchdruckern im Kriege. Von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation erhielten das Eisene Kreuz: Johannes Kröger (Bergeborn), Georg Niehner, Eugen Paslak und D. Runge (Berlin), Anton Stumm (Bingen), Friedrich Tjffland (Eßlingen), Willi Bürgel (Hamburg), J. W. Bollin und Hermann Krohn (Konstanz), Hans Maach (Queßlinburg), Karl Feuchter (Singen) und Richard Ring (Stuttgart). Da mit haben bis jetzt 3157 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung erhalten.

Die Steuerungsansprüche des preussischen Staates für Buchdruckerarbeiten. Die Leitung des Deutschen Buchdruckervereins hat sich am 6. März mit einer Eingabe an die Ministerien des Innern und der Finanzen von Preußen gewendet, veranlaßt durch sorgfältige Klagen der Firmen, die Formulare und andre Druckarbeiten zu verträglich festgesetzten Preisen an preussische Staatsbehörden liefern. Man erklärt daraus, daß die beiden Ministerien die unterstellten Behörden ermächtigt haben, den Lieferanten Preiszuschläge in Höhe der Mehrkosten zuzubilligen, einseitig und allein für Druckerarbeiten sei aber ein bestimmter, auf 10 Proz. bemessener Zuschlag festgesetzt worden. In der Eingabe wird dann gesagt, die Herstellungskosten von Druckarbeiten hätten sich während der letzten zwei Jahre mindestens um die Hälfte verteuert, so daß der im November 1916 auf 30 Proz. erhöhte Zuschlag schon nicht mehr ausreichend sei (was von der im Oktober vorgenommenen Erhöhung der Steuerzulagen an die Gehilfen ebenfalls berechtigt zu sagen ist). Es wird eruchtet, von der gedachten Ausnahme Abstand zu nehmen und den Druckereien die Gleichstellung mit den Lieferanten anderer Gegenstände durch Preisanschläge in Höhe der eiligen Mehrkosten sowohl bezüglich des Satzes und Druckes wie namentlich auch des Papiers zuzubilligen. Es ist geradezu typisch, wie hier der reiche preussische Staat den Kleineren spielt. Einmal gewährt er unzulängliche Steuerzuschläge, zum andern will er sich die von Privatbetrieben gewährten Steuerzulagen aber für den Steuerfächer nicht entgehen lassen. Ungleich Behandlung und Ausnahmestellung sind den bestallten Regierungsmännern des Landes mit dem nun rückständigsten Wahlrecht in der Welt dabei geäußerte Methoden. Ja, ja, der „preussische Geist“!

Steuerfreiheit und Versteuerungspflicht der Steuerzulagen. Der preussische Landtag hat am 20. März schließlich ein Privilegium für die Beamten und Arbeiter in öffentlichen Diensten geschaffen, während die Angestellten und Arbeiter in Privatbetrieben die ihnen gewährten Steuerzulagen versteuern müssen. Der von der Kommission vorgelegte Antrag: „Die aus Anlaß der Kriegsteuerung bewilligten Beihilfen und Zulagen der unmitteldbaren und mittelbaren Beamten, Lehrer, Angestellten und Arbeiter des Reiches, des Staates und der Kommunalverbände sowie der Geistlichen, Lehrer, Beamten usw. der Kirchenverbände und anderer Religionsgemeinschaften sind frei von Staats- und Gemeindefeuern“, wurde angenommen. Bei den Kommissionsverhandlungen war bereits ein Zentrumsantrag, auch die in Privatbetrieben gewährten Steuerzulagen freizulassen, abgelehnt worden. Das Zentrum suchte nun im Plenum wenigstens die Steuerfreiheit für Privatangestellte zu retten. Dagegen wandte sich Hähnlich von der sozialdemokratischen Fraktion und nahm den ursprünglichen Antrag des Zentrums wieder auf. Finanzminister Lenke bekräftigte das Unannehmbar der Regierung gegenüber der von neuem beantragten Steuerfreiheit für alle Steuerzulagen mit der Begründung, die Gründe seien nicht fiskalischer Natur, sie lägen tiefer. Die staatlichen Beamten ständen zum Staat anders als die Privatangestellten zum Unternehmer. Es würden eigentümliche Verhältnisse entstehen, wenn man die oft nicht kontrollierbaren Beihilfen der Privatbeamten und Arbeiter steuerfrei ließe. Der Finanzminister scheint also kein Zutrauen zu den Angaben der Arbeitgeber zu haben, was ein Zentrumsredner fadelnd vermerkte. Ein Vertreter der Fortschrittspartei und ein Nationalliberaler sprachen für gleichmäßige Steuerfreiheit. Die Abstimmung lag trotzdem nur die beiden sozialdemokratischen Parteien für den Antrag Hähnlich und das Zentrum für den eignen entfallen. Somit ist ein großes Unrecht durch Parlamentsbeschluß befestigt worden. Hält man sich vor Augen, was die Kriegsgewinnler im großen einheimischen und was sie dafür an öffentlichen Abgaben zu leisten haben, so ist es unsahbar, woher man den Mut nimmt, die den Angestellten und Arbeitern gezahlten Zuschläge zum Lohne, die bei weitem keinen Ausgleich für die unheimliche Steuerung bringen, mit der Steuerstrafe zu erfassen. Es ist aber eine spezifisch deutsche Art von Steuerkunst, immer den kleinen Mann sichtlich heranzunehmen. Mit dem den Angestellten und Arbeitern in behördlichen Diensten eingeräumten Vorrecht ist die Ungleichheit nun noch mehr vergrößert worden. Die Einwände des Finanzministers Lenke lassen einen sichhaltigen Grund für diese unterschiedliche Behandlung absolut nicht erkennen. Der fortschrittliche Abgeordnete Schmittan erklärte, bei einigem guten Willen des Finanzministers wäre eine Einigung

wohl möglich gewesen. Der Vater aller Sündenröße heißt also in die Falle nicht Schorlemer, sondern Lenke. Man kann mithin als früherer Oberbürgermeister (Magdeburg) auf einem preussischen Ministerstuhl ebenso reaktionär werden wie ein Abkömmling aus jener Schicht, wo diese Eigenschaft zu den bewährten Traditionen gehört. Der von dem Finanzminister verneinten, aber doch wohl maßgebenden fiskalischen Gründe wegen empfahl jener Redner Steuerfreiheit für die in Privatbetrieben gezahlten Steuerzulagen bis zur Höhe der von den Behörden gezahlten. Der vom gleichen Redner vertretenen Meinung, sie könnten die Verantwortung nicht dafür übernehmen, wenn durch Annahme der auf gleiche Behandlung abzielenden Anträge die behördlichen Beamten und Arbeiter ihre Steuerzulagen ebenfalls verlieren müßten, können wir nicht beipflichten. Wenn ein preussischer Minister für gleiches Recht nicht zu haben ist, so braucht sich eine fortschrittliche Partei nicht daran zu kehren. So hat sich der preussische Landtag abermals als für jeden Rückschritt empfänglich gezeigt. Bestimmans große Rede an gleicher Stelle über die Neuorientierung ist damit höhnend widerlegt worden, obwohl nur sechs Tage dazwischenliegen. Die preussische Politik schreitet unbeirrt in rückschrittlicher Bahn weiter.

Aus der Rede des Abgeordneten Hähnlich gegen die Versteuerung der Steuerzulagen. In der vorstehend geschilderten Verhandlung des preussischen Abgeordnetenhauses bildeten die Ausführenden des sozialdemokratischen Vertreters das Bemerkenswerteste, es sei deshalb dieser Rede das Wesentlichste besonders entnommen. Hähnlich sagte: Wie will man es rechtfertigen, daß der Staatsbeamte mit 5000 Mk. Gehalt seine Zulagen nicht zu versteuern braucht, während sein Kollege von der Privatindustrie, der vielleicht nur 2000 Mk. bezieht, die ihm gewährten Zulagen versteuern muß? Das Oberverwaltungsgericht hat am 23. September 1909 ausdrücklich festgestellt, daß die im Fall eines außerordentlichen Bedürfnisses bezahlten Zulagen nicht der Steuerpflicht unterliegen. Ist etwa die Kriegsteuerung kein Anlaß, ein außerordentliches Bedürfnis anzuerkennen? Der Eisenbahnminister hat sich dieser Auffassung bei der ersten Beratung in Absprache mit der Kommission angeschlossen, es steht also hier der Finanzminister gegen den Eisenbahnminister, der zugleich Vizepräsident des Staatsministeriums ist. Auch die „Amtlichen Mitteilungen“ der Verwaltung der direkten Steuern haben sich in dem gleichen Sinn ausgesprochen. Die vier Bergarbeiterverbände haben in einer Eingabe an das Saas ausdrücklich eine solche Regelung gefordert, wie wir sie beantragen, ebenso der Bund der technisch-industriellen Beamten und auch in einem Artikel der „Ökonomischen Arbeiterbörse“. Müssen Sie nach den bittersten Erfahrungen in der Ernährungsfrage und nach den Vorkäufen im Herrenhause dem Volk auch noch die Belastungsprobe der Abhebung ihres Antrages zu? Genügt hat diese eindringliche, geradezu frappierende Einblende gewöhnliche Rede nichts. Ausgerechnet die „Kriegsgewinne“ der Arbeiter müssen daran glauben. Recht hatte Hähnlich, als er sagte, wenn das Zentrum lester bei seinem Antrage geblieben wäre, würde die Situation eine andre sein. Noch zutreffender aber war seine Äußerung, wenn die Regierung sich einer geschlossenen und entschlossenen Mehrheit gegenüber gesehen hätte, würde ihr Unannehmbar wohl unterbleiben sein. Jetzt müßten die andern Bundesstaaten bzw. deren Parlamente nur einen andern Standpunkt in dieser Angelegenheit einnehmen, dann gäbe es einen Anallekt. Die preussische Blamage darf keine deutsche Verletzung des gleichen Rechtes und keine soziale Ungerechtigkeit von solchem Kaliber im Gefolge haben.

Versehene Eingänge.

„Das Warenmarkt-Stampfschloß“ nebst amtlichen Auslegungen und gemeinverständlichen Erläuterungen von Handelslehrer P. Ch. Martens. 1917. Preis 1 Mk., geb. 1,35 Mk. Gesehsverlag R. Schwarz & Co., Berlin S., Dresdener Straße 80.
 „Der Ratnarzi.“ 28. bis 30. Kriegsjahrgang. 45. Jahrgang. Erscheint am 1. jeden Monats. Preis jährlich 3 Mk., Einzelheft 30 Pf. Geschäftsstelle: Berlin SW 11, Kaulfische Straße 20.

Briefkasten.

H. G. in M.: Wegen der Todesanzeigen für Gefallene haben wir allerdings schon viel Schwierigkeiten gehabt mit den behördlichen Geschäftslagen, was auch der übrigen Presse so ergab. Was soll aber der Verbandsvorstand damit zu tun haben? Die gewünschte Ansicht ist ja wegen der daraus resultierenden Logik zum Salsbrechen. Der Verbandsvorstand pflegt als „Obergenrat“ nur dann in Wirklichkeit zu treten, wenn man bei ihm Beschwerden über die Redaktion antrifft. Sie können darüber Erfahrung zu besitzen. — **D. B. in C.:** Wird mitbehalten werden. — **H. F.:** Die Sache ist noch nicht behandelt worden. In der von Kollegen Gildberg geschriebenen Abhandlung über die Familienrenten nach dem Hilfsdienstgesetz, die schon längere Zeit steht, sind ähnliche Ausführungen enthalten, die jedoch mit der von Ihnen bearbeiteten Angelegenheit nicht übereinstimmen. Bei näherer Prüfung stellen wir diese Unähnlichkeit fest. Wenn die von Ihnen behandelte Verordnung auch schon längere Zeit zurückliegt, so wollen wir doch noch darauf eingehen. Sie werden dann sehen, daß dafür ich ein andrer, entgegengelegter Gesichtspunkt in Betracht zu ziehen ist. Vor Anfang April kann aber nichts daraus werden. — **M. W. aus B.:** Mit dem Reformantrag hat nur erst kurz Rücksicht ergreifen können; liegt demnach keine „Beihilfenprüfung“ ab. — **H. A. aus S.:** Also unter die Reichsministerliste gegangen? Freie Bahn für alle Forderungen — auch im Landwehrrotte. — **S. B. in M.:** Danken für freundliche Zulage der Unterstützung in der Holländerel. — **A. in G.:** 2,90 Mk. — **D. A. in Bromberg:** 2,15 Mk. — **M. A. in G.:** 2,90 Mk. — **O. W. in Reiff:** 2,30 Mk. — **G. A. in Pflüßingen:** 2,45 Mk.

Veranstaltungskalender.

Morsheim. Versammlung Sonnabend, den 31. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Bräuhäusle“.
Stuttgart. Schriftführerhauptversammlung Montag, den 20. März, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant „Zehn, Ecke Ludwigs- und Elisabethstraße.
Waldenburg i. Schle. Versammlung Sonnabend, den 31. März, abends 8 Uhr, in der „Vorkauer Bierhalle“.

Tüchtigen Akzidenzseher
sucht C. Grumbach, Leipzig, Querstraße 14. [383]

Schrieffeher und Maschinenmeister
auch Kriegsbeschädigte, für dauernde Stellung sucht [236]
Aug. Bries, Leipzig, Brüderstraße 59.

Erfahrener, gewissenhafter
Monotypgießer
und zwei Monotypseher
(C) für dauernde Stellung zum sofortigen Eintritt gesucht. [380]
Buchdruckerei Gebhardt, Jahn & Landt, G. m. b. H.,
Berlin-Schöneberg, Belgischer Straße 61.

Korrektor und Schrieffeher
(auch Kriegsbeschädigte) für dauernd gesucht.
Gebr. Lannes, Düsseldorf 72.

Tüchtiger
Schrieffeher
möglichst militärfrei, sofort oder später gesucht.
G. Strauß Buchdruckerei, Cuxin.

Werkmeister
und tüchtige
Werkseher
gesucht. G. C. Saag, Welle bei Danabrück.

Gewandter Seher
findet sofort Dauerstellung im [381]
„Harzer Kurier“, Thale am Harz.

Tüchtiger Seher
namentlich auch im Tabellenfach bewandert, für dauernd gesucht.
J. C. Schwensen, Echernförde.

Tüchtige Inseratenseher
können sofort eintreten. [333]
„Der Holzmarkt“, Berlin SW 68.

Seher oder Schweizerdegen
kann sofort eintreten. Angebote mit Forderungen erbittet [360]
„Wochenblatt und Anzeiger“, Geyer i. Sa.

Akzidenzseher
der möglichst stereotypieren kann, in dauernde Stellung gesucht. [400]
J. S. Bankauf, Buchdruckerei, Bochum.

Tüchtigen
Maschinenmeister
sucht zum baldigen Eintritt [382]
Buchdruckerei Pannen, Märs (Mederrhein).

Maschinenmeister
Akzidenzseher
Werkseher
Typograph- und Monotypseher
Stereotypseher
jedoch nur tüchtige Kräfte, werden in dauernde Stellung gesucht. [218]
Oscar Brandstetter
Leipzig.

Tüchtige
Maschinenmeister
Werkseher
Metzeure
Katalogseher
Akzidenzseher
Monotypseher
Typographseher
Korrektoren
Stereotypseher
Galvanoplastiker
Aufräumer
Abzieher

auch Kriegsbeschädigte, in dauernde Stellung sofort gesucht. [200]
Spamersche Buchdruckerei,
Leipzig, Breitkopffstraße 7.

Maschinenmeister
Schriftsetzer
Linotypesetzer
Monotypesetzer
Monotypgießer
Stereotypseher
Galvanoplastiker
Buchbinder

finden Stellung und wollen sich mit Gehaltsforderung melden bei [390]
H. S. Hermann, Berlin SW 19, Beuthstraße 8.

Maschinenmeister
für Schnellpresse für sofort gesucht. Offerten an „Süddeutsche Tabakzeitung“, Mannheim.

Maschinenmeister
für möglichst bald gesucht. Geeigneter Kraft wird Gelegenheit zur Ausbildung an Zweifelhauptmaschine gegeben. Angebote mit Lohnanprüchen erbeten. [394]
Johannes Pähler, Dresden-N.

Monotypgießer
suchen für sofort [379]
E. S. Mittler & Sohn, Königl. Hofbuchdruckerei, Berlin SW 68, Kochstraße 70/71.

Tüchtiger
Galvanoplastiker
findet in einer Berliner-Buchdruckerei dauernde Stellung. Angebote mit Gehaltsforderung an [358]
Georg Reimer, Berlin W 10.

Tüchtiger und gewissenhafter
Korrekturabzieher
wird für dauernd gesucht. [395]
Oskar Reimer, Leipzig, Königsstraße 26 B.

Linotypseher
Kriegsbeschädigt, der seine Lehrzeit an der Maschine beendet hat, sucht Stellung in Ostdeutschland. Best. Angebote erbittet Bernhard Pöhl, Bromberg, Wallstraße 14 I. [401]

Junger Linotypseher sucht Stellung (auch Doppeldecker). Angebote mit Lohnangabe erbittet Paul Krebs, Regnitz, N. Hagener Straße 3. [384]

Wie soll ich zurichten? Preis i. Reimw. geb. 1,70 Mark
einschl. Porto; Ein Beilsaden f. Buchdrucker u. Aufbau d. Zurechtung im Werk, Platten, Abzüge, Silber- und Prägedruck auf Schnellpresse und Siegel, 105 Seiten, 20. Abbild. u. 20. Tabelle mit 1000 Bildern. Erschließbar nur vom Verfasser: M. Rauch, Stuttgart, Ludwigsstr. 20. Vom „Korr.“ und andern Fachschriften zur Anschaffung empfohlen! [201]

Graphische Fachklassen
Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein- druck, Photomechanische Verfahren, Einbinder- und Werkschul-Ausbildung, Prospekte, frei. Kunstgewerbeschule
Barmen.

Technikum für Buchdrucker
Leipzig, Reudnitz, Bismarckstraße 46
Vereinigung praktischer und theoretischer Ausbildung auf echt kunstgewerblicher Basis im Buchdruckgewerbe, Buchführung, Preisberechnung, Faktor- u. Geschäftsführerarbeiten usw. Meisterprüfungskursus
Kostloser Unterricht für verwundete Buchdrucker.
Kostloser Unterricht für verwundete Buchdrucker.

Verlässliche Werkzeugkasten
Tasche sämtliche Werkzeuge für Maschinenmeister empfiehlt Kollege Max Weigt, Leipzig-Schöneberg, Papiermühlstraße 511. Preisliste gratis. [758]

H. MATHAEUS DESSAU
Flössergasse 46
Katalog gratis u. fr.

Zeilenmaß mit sämtlichen Einstellungen - 20 Pf.
C. Fröh, Mainz, Mainstraße 30.

Teilzahlung
Uhren und Schmuckwaren, Photo- artikel, Sprechmaschinen, Musik- instrumente, Vaterland, Schmelk, Spielwaren und Bücher.
Kataloge umsonst u. portofrei liefern
Jonass & Co., Berlin A. 407, Balle-Alliance-Str. 7-10.

Der Krieg hat zwei weitere Kollegen aus unserm Ortsverein gerissen. Es blieben auf dem Felde der Ehre die Seher [388]
Kurt Gensch
Inhaber des Eisernen Kreuzes aus Magdeburg und
Otto Schinlauer
aus Genshin.
Auch diesen beiden Kollegen werden wir ein ehrendes Andenken bewahren.
Ortsverein Genshin.

Wiederum entriß uns der Weltkrieg einen unser lieben Kollegen. Es fiel der Seher [392]
Bronislaus Szumski
Sein ruhiges und bescheidenes Wesen sichern ihm bei uns ein bleibendes Andenken.
Bezirksverein Bromberg.

Wiederum hat der Weltkrieg ein braves Mitglied aus unsern Reihen gefordert, nämlich den Drucker [398]
Heinrich Wienhöfer
Inhaber des Eisernen Kreuzes aus Neustadt a. Rhg.
Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren
Der Ortsverein Rüttingen-Wilhelmshaven.

Auf dem Felde der Ehre fiel der Seher [387]
Heinrich Agather
aus Neustadt a. Rhg.
Wir werden auch dieses braven Kollegen allzeit ehrend gedenken.
Bezirksverein Mannheim.

Auf dem Felde der Ehre fiel unser lieber Kollege, der Schweizerdegen [387]
Heinrich Stumpf
aus Rüsselsheim.
Ein treues Gedenden wird ihm bewahren
Der Bezirksverein Mainz.

Am 10. März verschied in der Heilanstalt Buzlat nach jahrelangem, schwerem Leiden unser werles Mitglied, der Seherinwalde [389]
Paul Kärger
aus Züllichau, 33 Jahre alt.
Wir werden sein Andenken in Ehren halten.
Ortsverein Breslau.

Am 9. März verschied nach langem Leiden unser lieber Kollege, der Senior unser Ortsvereins [385]
Richard Förner
im 71. Lebensjahre.
Er war uns stets ein lieber und treuer Kollege. Wir werden ihm immerdar ein ehrendes Andenken bewahren.
Ortsverein Meßsen.

Am 11. März verstarb nach längerer Krankheit unser lieber Kollege, der Seher [393]
Willi Dürholz
aus Raugard, im Alter von 32 Jahren.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Verein Steffiner Buchdrucker.

Am 20. März entschlief sanft nach nur zweiwöchigem Krankenlager plötzlich unser lieber Freund und Kollege, der Seher [399]
Karl Bollechmann
aus Meisse, im 60. Lebensjahre.
Ein ehrendes Andenken werden ihm dauernd bewahren
Ortsverein Meisse.
Bezirksverein Meisse.

Nach langem, schwerem Leiden verschied unser lieber Kollege, der Maschinenseher [399]
Julius Rottenbach
aus Kloster-Weißdorf i. Thür., im Alter von 35 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Ortsverein Radeberg i. Sa.